



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 2 18 31 - 33  
Fernschreiber 0 88 6 890

Z/XV/109 - 12. Mai 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Nahrung der Opposition</u> Zum Brief Ollenhauers an den Bundeskanzler	39
2 - 3	<u>Österreich und die europäische Integration</u> Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta	71
4 - 5	<u>Frieden an der Nordgrenze</u> Die Lage der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein	66
6	<u>Die Wächterrolle der Gewerkschaften</u> Eine bemerkenswerte Rede Otto Brenners	50

Zur Dokumentation:

Die SPD zur Gipfelkonferenz 153

Wortlaut des Briefes von Erich Ollenhauer, Vor-  
sitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutsch-  
lands, an Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

\* \* \*  
\* \*

Mahnung der Opposition

sp - Wenn es um Fragen von schicksalshafter Bedeutung für unser Volk - und nicht nur für unser Volk - geht, kann eine so große und gewichtige Partei, wie die Deutsche Sozialdemokratie, nicht schweigen. Sie ist verpflichtet, das zu sagen, was sie für notwendig und erforderlich hält. Das hat der Vorsitzende der Deutschen Sozialdemokratie in seinem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer getan. Es enthält Anregungen und wesentliche Gesichtspunkte, die nach Meinung der Opposition von einer verantwortlichen Regierung mit berücksichtigt werden müßten, wenn nicht eine Entwicklung über uns hinweg eintreten soll. Gewiß, wir sind keine Großmacht mehr - und vielleicht ist es auch gut so -, aber das enthebt uns nicht der Verpflichtung, uns dort zu melden und unser bescheidenes Gewicht in die Waagschale zu werfen, wo es um unser aller Zukunft geht. Passivität und ruhiges Abwarten geziemt uns nicht, das wäre ein recht törichtes Verhalten. Die Entscheidungen der Großen Vier lassen sich durch eine kluge, ehrliche, dem Frieden dienende, die Entspannung fördernde deutsche Politik beeinflussen. Es wird ohnehin vielleicht eines der letzten Treffen der Großen Vier sein, bei denen sie gewissermaßen unter sich sind. Andere Mächte, wie Indien, China und der afrikanische Kontinent pochen auf ihren Anspruch, bei der Regelung von Weltfragen mit angehört und berücksichtigt zu werden.

Ollenhauer hat in seinem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer die Richtung aufgezeigt, in der sich eine deutsche Initiative mit Aussicht auf Erfolg entfalten und bewähren könnte. Eine deutsche Zustimmung zu einem regional begrenzten und kontrollierten Rüstungsabkommen würde wohl, darüber kann kein Zweifel bestehen, in der ganzen Welt als Erleichterung aufgenommen werden. Die Deutschland-Frage ist zwar kein eigener Tagungspunkt der Gipfelkonferenz, aber man kann wohl nicht gut Fortschritte auf dem Gebiete der Abrüstung erzielen, wenn man nicht, wie Carlo Schmid es in seiner jüngsten Rundfunkrede ausdrückte, davon sprechen will, "welche Rolle Deutschland in dem zu vereinbarenden System einnehmen soll".

Auf der Bundesregierung liegt eine schwere Last. Sie ist kein offizieller Verhandlungspartner, dennoch verfügt sie über vielfältige Möglichkeiten, den Gang der Dinge zum Guten oder Schlechten zu beeinflussen, soweit es unser Volk betrifft. Hinter dem Schreiben Ollenhauers steht die Sorge, auch nicht die geringsten Chancen für eine Verbesserung des Klimas und der Entspannung zu verpassen. Was in den kommenden Tagen und Wochen hier versäumt wird, läßt sich in späteren Jahren wohl kaum noch einholen.

## Österreich und die europäische Integration

Von unserem Korrespondenten in Wien, Karl Franta

In diesen Tagen ist es genau fünf Jahre her, seit im herrlichen Wiener Barockschloß "Belvedere" des Türkenbesiegere Fritz Eugen der österreichische Staatsvertrag feierlich unterzeichnet wurde. Die Republik Österreich war damit wieder ein freies und souveränes Staatswesen, und noch im gleichen Jahr verließ der letzte Besatzungssoldat das Land. Österreichs ersuchte und erkämpfte Freiheit ist eng mit dem Begriff der Neutralität verbunden. Gerade anlässlich der Feiern zum fünften Jahrestag der Unterzeichnung des Staatsvertrages ist sich das gesamte österreichische Volk der Notwendigkeit und der Bedeutung der Neutralität wohl bewußt.

Die Neutralität ist aber nicht etwa ein beseligendes Göttergeschick, sondern gewiß vor allem eine ernste Verpflichtung, die eine Reihe schwieriger Probleme mit sich bringt. So steht bereits seit Monaten im Mittelpunkt aller politischen Gespräche - in zahllosen Reden und Artikeln abgehandelt sowie auch eingehend vom Parlament behandelt - die Frage der Teilnahme Österreichs an den wirtschaftlichen Integrationsbemühungen Europas, oder besser gesagt: die Frage EWG oder EFTA?

Die Frage der Zugehörigkeit Österreichs zu einer dieser beiden europäischen Wirtschaftsvereinigungen ist freilich schon entschieden: Am 23. März hat das Parlament den Vertrag ratifiziert, durch den Österreich der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) beigetreten ist, und am 4. Mai wurde ein eigener parlamentarischer Ausschuß gewählt, der sich speziell mit den Fragen der Integration zu beschäftigen haben wird. Obgleich also "die Würfel gefallen" sind, ist die Diskussion damit nicht abgeschlossen. Noch wie vor werden Zukunftsperspektiven, das Für und Wider, Befürchtungen und Hoffnungen erörtert und dargelegt.

Tatsächlich befindet sich unter den sieben EFTA-Staaten das kleine und neutrale Österreich in einer besonders schwierigen Lage, weil der größte Teil seiner Exporte in die EWG-Staaten geht, nämlich etwa die Hälfte der gesamten Ausfuhr, und davon der größte Teil in die Bundesrepublik. Demgegenüber entfällt auf die EFTA-Länder nur etwas mehr als ein Zehntel der österreichischen Exporte. Die Angleichung der Außenhandelszölle der EWG-Staaten untereinander bringt nun für Österreich

eine fühlbare Erhöhung der Zollmauern für den Export in die Bundesrepublik (bei gleichzeitiger Senkung der Zölle zu den übrigen EWG-Partnern) und damit für diese beiden Handelspartner beträchtliche Schwierigkeiten.

Diese Schwierigkeiten sind ein Ergebnis der durch die EWG bewirkten Diskriminierung der "Außenseiterstaaten", die sich ihrerseits zum Teil in der EFTA zusammengeschlossen haben. Der Beitritt Österreichs zur EFTA war nach Überzeugung der beiden österreichischen Regierungsparteien, ÖVP und SPÖ, ein außenpolitisch notwendiger Schritt. Eine wirtschaftspolitische Begründung gibt es dafür nicht. Außenpolitisch notwendig war diese Entscheidung auf Grund der österreichischen Neutralität. Die EWG erscheint nämlich primär als ein Ergebnis politischer Erwägungen. Sowohl Adenauer als auch de Gaulle sind von der Notwendigkeit einer politischen Integration überzeugt, wobei Frankreich als Preis seiner Freundschaft zur Bundesrepublik eine Hegemoniestellung anstrebt. Aus diesem Grunde sind offenbar auch alle anderen Integrationsbemühungen gescheitert, denn Frankreich duldet außer der verbündeten Bundesrepublik keinen starken Partner wie etwa Großbritannien. Und die Bundesrepublik darf für die Freundschaft in klingender Münze bezahlen, so zum Beispiel allein 200 Millionen Dollar in den Fonds für die Überseegebiete.

Sowohl die Schweiz als auch Schweden, deren beider Neutralität Österreich als Vorbild dient, halten fest, daß ein Beitritt oder eine Assoziierung mit der EWG für sie nicht in Frage kommt. Österreich kann daher, obgleich wirtschaftlich am härtesten betroffen, auch keinen anderen Weg gehen. Davon sind in Österreich nicht nur die Sozialisten, die den Außenminister stellen, überzeugt, sondern auch die Parteifreunde Adenauers in der ÖVP des Bundeskanzlers Raab. Lediglich die deutsch-nationale oppositionelle Freiheitliche Partei tritt mit gut honorierter Vehemenz für die EWG ein.

Die europäische Integrationskrise bestätigt die seit Jahren geäußerte Auffassung der österreichischen Sozialisten, daß die betorkt einseitige Bindung der Bundesrepublik an den Westen die Spaltung Europas und damit natürlich auch die Spaltung Deutschlands vergrößert und vertieft. Österreich hat d. runter unmittelbar auch wirtschaftlich zu leiden. Weil es aber nicht gut ist, "alle Eier in einen Korb zu legen", sucht es sich nach neuen Absatzmärkten um. Am 30. Juni wird Chruschtschow in Wien eintreffen und mit dem Rubel winken.

### Frieden an der Nordgrenze

mu.- In der praktischen Landespolitik Schleswig-Holsteins gilt der dänisch orientierte Südschleswigsche Wählerverband (die Partei der einzigen nationalen Minderheit im Bundesgebiet) als gleichberechtigter Partner. Die jetzt zuende gegangenen Haushaltsberatungen in Schleswig-Holstein zeigten das.

Wie die anderen im Landtag vertretenen politischen Parteien wird der SSW für seine politische Arbeit Geld aus dem Landeshaushalt bekommen. Ihm werden ferner Beträge für die kommunalpolitische Schulung seiner Kreis- und Gemeindevertreter zugewiesen, und selbstverständlich hat er auch an den verbesserten Bezügen für Fraktionen und Abgeordnete Anteil.

Im Schleswig-Holsteinischen Landtag hat niemand mehr ein Wort über diese anteiligen Gelderbereitstellungen für den SSW verloren, der mit zwei Abgeordneten hinten an der Wand des Plenarsaals vertreten ist. Dabei kommt der SSW bei alledem noch recht günstig weg, weil die Grundbeträge für alle Parteien gleich hoch sind und dann nur noch entsprechend ihrer Mandatsstärke aufgestockt werden.

Deutlicher als dieser Vorgang im Landesparlament kann wohl nicht demonstriert werden, daß da oben im Norden an der Grenze Frieden eingezeichnet ist und politische Heißsporne jedenfalls an den Schalthebeln der Landespolitik nicht mehr vertreten sind. Das war vor einigen Jahren noch anders, bis dann die Phase der Entspannung unter dem damaligen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Diekmann 1950 eingeleitet und durch die Landtagsbeschlüsse jetzt fortgesetzt wurden, wobei auch die damaligen Minderheitenvereinbarungen zu Bonn und Kopenhagen seitens der CDU geführten Landesregierung einen Fortschritt in der Entwicklung bedeuteten.

Vor diesem Hintergrund kann die Tatsache, daß der Südschleswigsche Wählerverband kürzlich einen Mann des harten Minderheitenkurses zu seinem Vorsitzenden wählte, keinen überragenden landespolitischen Wert erhalten. Der Lehrer Karl Otto Meyer aus Schafflund im Landkreis

Flensburg löste den gemäßigten bisherigen Landesvorsitzenden des SSW, F. Mommsen, ab. Meyer, der im dritten Wahlgang mit 36 Stimmen von den Delegierten gewählt wurde, hatte 1952 sehr scharf gegen die Wiederaufrüstung der Bundesrepublik polemisiert und auch die Loyalität der Minderheit zum deutschen Staat in diese Polemik hineingezogen.

Der schleswig-holsteinische Kultusminister suspendierte ihn damals von seinem Amt; das Oberverwaltungsgericht ließ die Suspendierung rückgängig machen. Zu einem Revisionsantrag beim Bundesverwaltungsgericht kam es nicht, um die Entspannung vor den Bonn-Kopenhagener Minderheitsverhandlungen nicht zu stören.

Die Minderheit verfügt gegenwärtig über rund 51 500 Mitglieder und hat sich im Laufe der Nachkriegsjahre ein Netz moderner Schulen und Kindergärten sowie kultureller Einrichtungen im Landesteil Schleswig schaffen können, wobei die Mittel dafür zum Teil aus Dänemark, aber zum großen Teil auch aus dem schleswig-holsteinischen Landeshaushalt geflossen sind.

Allgemein tendiert man dahin, daß der Südschleswigsche Wählerverband jetzt seinen "Normalstand" im politischen Parteienggefüge Schleswig-Holsteins erreicht hat. Von den Sozialdemokraten wird darauf hingewiesen, daß der SSW mit den vielen Arbeitnehmern und kleinen Mittelständlern bei Bundestagswahlen die sozialdemokratischen Bewerber wählen lassen sollte, weil es bei einer solchen Wahl nicht die allergeringste Chance gibt, mit einem eigenen Mandat den SSW im Bundestag vertreten zu lassen.

Der SSW ist neben den beiden Abgeordneten im Landtag mit 244 Kommunalpolitikern in den Kreisen und Gemeinden im Landesteil Schleswig vertreten. Seine Glanzzeit, die jedoch im Zusammenhang mit der deutschen Not nach 1945 gesehen werden kann, hatte der SSW 1947 bei der Landtagswahl, als er mit sechs Mandaten in den Landtag einzog, die sich auf 9,3 Prozent der Stimmen stützten. In den laufenden Jahren war der SSW ununterbrochen rückläufig, wobei sich für ihn stets bei der Bundestagswahl ein Tiefstand der Stimmen ergab. Bei der letzten Landtagswahl erzielte der SSW 2,8 und bei der letzten Kommunalwahl 2,9 Prozent der abgegebenen Stimmen.

## Die Wächterrolle der Gewerkschaften

rd. - In Vorbereitung ihres Gewerkschaftstages, der im Oktober in Berlin stattfindet, führt die IG Metall zur Zeit Vorkonferenzen durch. Im Blick auf diesen bevorstehenden Gewerkschaftskongress, wie auch auf die zur Zeit gekündigten Metalltarife im Bundesgebiet, ist die Darstellung des Standortes dieser größten Gewerkschaft, die Otto Brenner als 1. Vorsitzender heute auf einer Konferenz von Delegierten des Metallhandwerks in München gab, von besonderem Interesse. Diese Gewerkschaft - und sie spricht wohl weitgehend auch für die Gewerkschaftsbewegung - hat sich nicht von der allgemeinen Wohlstandspropaganda einlullen lassen. Sie hält nichts von der These, daß wir uns zur Zeit in einer allgemeinen Mittelstandsgesellschaft befinden. "Immer noch haben wir es mit Klassenverhältnissen und Klassenauseinandersetzungen zu tun. Immer noch gibt es in unserer Arbeitswelt ein Oben und Unten, die Macht der Eigentümer riesiger gesellschaftlicher Produktionsmittel auf der einen Seite, die Abhängigkeit derer, die nur ihre Arbeitskraft besitzen, auf der anderen". So warf Otto Brenner sein Bild der gegenwärtigen Ordnung, in der "überholte Besitz- und Machtverhältnisse in einer hochentwickelten Industriegesellschaft bisher die Selbstbefreiung und Selbstbestimmung der arbeitenden Menschen über die von ihnen geschaffenen Produktionsmittel verhindert haben". Gerade in dieser Gesellschaft komme den demokratischen Einheitsgewerkschaften, insbesondere nach den Erfahrungen mit dem Versagen im Jahre 1933, eine besondere Wächterrolle zu. Die restaurierte hierarchische Ordnung unserer Wirtschaft und Gesellschaft, ihre Tendenz zu weiterer Machtkonzentration bei verhinderter demokratischer Mitbestimmungen in allen Bereichen der Wirtschaft, die drohende Einschränkung gewerkschaftlicher Rechte und der Abbau sozialer Leistungen, verlange von diesen Gewerkschaften verstärkte Aktivität und Schutz der sozialen Demokratie.

Die IG Metall verwahrt sich auch mit Nachdruck gegen die irreführende These der Unternehmer vom "gleichmäßigen sozialen Fortschritt", gegen die daraus abgeleitete Lohnpolitik, die sich stets nur an Produktivitätsfortschritt des schwächsten Unternehmens oder Wirtschaftszweiges oder gar - wie nach dem Blessing-Gutachten - an einer fiktiven, geschätzten gesamtwirtschaftlichen Produktivität orientieren soll. Sie hat diese Grenze in den bisherigen Tarifabschlüssen dieses Jahres, frei von der Anrufung der Schlichtungsinstanzen, durch die Aufkündigung aller Schlichtungsabkommen nach dem Kasseler Urteil, auch bereits erfolgreich durchbrochen. Sie wird auch künftig nicht warten, bis sich die Wirtschaftszweige durch Rationalisierung und Rentabilität aufeinander eingependelt haben. Die IG Metall hat nicht die Absicht, ihre Handlungsfreiheit etwa durch ein Schlichtungsabkommen auf der Grundlage des Kasseler Urteils selbst Fesseln anzulegen oder durch eine Art gesetzliche Zwangsschlichtung, durch Notstandsrecht und Notdienst im Sinne Innenministers Schröder anlegen zu lassen. Sie erinnert sich des Mißbrauchs des Artikels 48 der Reichsverfassung, und "gerade weil die Gewerkschaften ein neues 1933 verhindern wollen, lehnen sie die Notstandsgesetzgebung der Bundesregierung entschieden ab".

Als "größten Skandal" bezeichnete Brenner die angebliche Sozialreform, die das Gegenteil, nämlich eine Sozialreaktion, insbesondere bei der Neuregelung der Krankenversicherung, sei. Demagogisch sei das Wehklagen über die wachsenden Sozialaufgaben, da der Sozialaufwand als Anteil am Sozialprodukt nicht gestiegen sei. Er verlangte Erfüllung der sozialen Versprechen der Regierung, weil jeder soziale Abbau und die Verzögerung der versprochenen sozialen Reformen Wasser auf die Mühlen des Ostens und ein Hindernis in der Entwicklung zur sozialen Demokratie unseres Landes sei.

+ + +

-----  
Verantwortlich: Günter Markscheffel

Zur Dokumentation:

Die SPD zur Gipfelkonferenz

Wortlaut des Briefes von Erich Ollenhauer, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, an Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauer

Herrn  
Bundeskanzler Dr. Konrad ADENAUER

B O N N E

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler!

Die bevorstehenden wichtigen, internationalen Verhandlungen, bei denen es auch um das Schicksal des deutschen Volkes und seiner bedrohten Hauptstadt Berlin geht, lassen es mir geboten erscheinen, Ihnen einige wesentliche Gesichtspunkte vorzutragen. Ich hoffe, daß die Bundesregierung diese Anregungen bei der Vorbereitung der kommenden Konferenzen und Verhandlungen berücksichtigen wird.

Die Abrüstung steht wegen der Gefährlichkeit des atomaren Wettwüstens und nach den eindeutigen Erklärungen aller verantwortlichen Regierungschefs als wichtigster Punkt auf der Tagesordnung der kommenden Konferenzserie. Dieses Thema ist in dem letzten Briefwechsel nachdrücklich angesprochen worden, der zwischen Ihnen und dem sowjetischen Ministerpräsidenten Chruschtschow geführt wurde. Die Bundesrepublik Deutschland sollte sich in dieser Frage nicht auf die Rolle des Zuschauers beschränken. Sie sollte es als ihre Aufgabe betrachten, geeignete Maßnahmen zur Abrüstung zu unterstützen.

Im Vordergrund steht die Gefahr der Ausdehnung des atomaren Wettwüstens, an dem auch bisher nichtbeteiligte Staaten teilnehmen möchten. Die Bundesregierung sollte sich gegen die Aufnahme der Produktion von Atomwaffen durch andere Staaten aussprechen, auch wenn diese der NATO angehören, und sie sollte in diesem Sinne freundschaftlich auf die infrage kommenden Regierungen, auch auf die französische, einwirken.

In Verbindung mit anderen mittleren und kleineren Staaten sollte die Bundesregierung eine Initiative ergreifen mit dem Ziel, die bisherigen Atomwüchte zu einer Verpflichtung zu veranlassen, daß sie die von ihnen hergestellten Atomwaffen nicht an andere Staaten, auch nicht an verbündete, ausliefern. Unter dieser Voraussetzung würde auch die Bundesregierung von der Ausstattung ihrer Verbände mit solchen Waffen absehen. Eine solche Politik würde statt des bisherigen Drängens auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr einen Beitrag zur Schließung des Atom-Clubs leisten. Dieser Beitrag ist erforderlich, weil das Atomwüstrüsten sonst auf jeden Fall völlig außer Kontrolle geriete.

Die Bundesrepublik sollte ein Abkommen der Großwüchte über die Begrenzung und Kontrolle der Atomwaffen mit dem Ziel ihrer Abschaffung ausdrücklich fordern und dabei jede Etappe begrüßen, die erreichbar ist. Sie sollte nicht von sich aus ein solches Abkommen von härteren Voraussetzungen abhängig machen, als die Großwüchte selbst aufstellen.



Angeichts der Überlegenheit der Sowjetunion auf dem Gebiet der herkömmlichen Streitkräfte kommt deren kontrollierte Begrenzung für Deutschland besondere Bedeutung zu. Die Bundesregierung sollte nicht nur erklären, daß sie sich nachträglich jedem unter den Großmächten ausgehandelten Abkommen auf diesem Gebiet anschließen würde, sondern sollte ein solches Abkommen selbst anregen und mit eigenen Vorschlägen fördern. Dabei geht es um die Begrenzung der Streitkräfte aller wesentlichen Mächte nach Größe, Ausstattung, Dislozierung und finanziellem Aufwand und die Schaffung der hierfür erforderlichen Kontroll-einrichtungen.

Für den notwendigen Schutz gegen Überraschungsangriffe ist die allgemeine Begrenzung der herkömmlichen Streitkräfte wichtig. Hinzu treten müßten Bodenkontrollen, nicht nur zur Überwachung der Begrenzungen, sondern auch zur Überwachung der Aufmarschmöglichkeiten. Eine zusätzliche Sicherung gegen Überraschungsangriffe wäre die Schaffung von Gebieten mit verringerter Rüstung. Es muß sich dabei um gleichwertige Gebiete in Ost und West handeln. Eine solche Zone würde für Beschränkungen und Kontrollmaßnahmen beispielgebend wirken und es erlauben, Erfahrungen in einem begrenzten Gebiet zu sammeln.

In der Bundestagsdebatte vom 5. November 1959 hat der Abgeordnete Schmidt (Hamburg) in einer sorgfältigen Analyse festgestellt, daß eine solche Zone militärisch zu verwirklichen ist und die Sicherheit für das ganze deutsche Volk nicht schwächen, sondern stärken würde, weil es ganz entscheidend auf die größere Entfernung der Ausgangsbasen eines möglichen Gegners von unserem Gebiete ankommt. Damals wurde mit großer Befriedigung vermerkt, mit welchem Interesse Sie, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, die Ausführungen des Abgeordneten Schmidt verfolgten. Es wäre erfreulich, wenn Sie sich nunmehr entschließen könnten, mit den Verbündeten über praktische Schritte zur Verwirklichung von Gedanken in dieser Richtung zu beraten.

Verhandlungen über Gebiete verringerter Rüstung führen zu politischen Erörterungen, insbesondere über den Status ganz Deutschlands und über eine Friedensregelung für ganz Deutschland. Es ist aber nicht erforderlich, erste wesentliche Abrüstungsschritte bis zu einer solchen politischen Erörterung aufzuschieben. Im Gegenteil, die Rüstungsbegrenzung verbessert das Klima und nimmt vom deutschen Volk den Verdacht, Störenfried gegen den Weltfrieden zu sein. In einem solchen Klima läßt sich die deutsche Frage leichter anpacken, als in einem Klima der Zuspitzung und Spannung.

Wie Sie wissen, ist die Sozialdemokratische Partei seit langer der Auffassung, daß ein wiedervereinigtes Deutschland, statt einseitiger Militärallianzen anzugehören, Glied eines europäischen Sicherheitssystems sein müßte. In Verbindung mit einer Begrenzung der konventioneller Streitkräfte der Großmächte und vornehmlich der Errichtung von Kontrollinstitutionen innerhalb des vom Sicherheitssystem umfaßten Gebietes wäre damit eine bessere Sicherheit für Europa geschaffen.

Für die Sicherheit der Völker sind neben der Abrüstung politische Maßnahmen zur Entspannung der weltpolitischen Gegensätze nötig. Es wäre trügerisch, von einer Entspannung zu sprechen, wenn Abkommen getroffen werden, die darauf hinauslaufen, die Teilung Deutschlands endgültig werden zu lassen. Die Möglichkeiten einer baldigen Wiedervereinigung sind in der zurückliegenden Zeit geringer geworden, und eine Zusammenführung der beiden Teile Deutschlands wird auf Grund der unterschiedlichen Entwicklung wahrscheinlich nur schrittweise erfolgen können. Das entbindet uns Deutsche nicht, weiterhin nach Möglichkeiten

zu suchen, die deutsche Frage doch und bald einer Lösung entgegenzuführen. Hierzu gehört, daß auch die vier Siegermächte sich ihrer Verpflichtung gemäß in der deutschen Frage verhalten und sich ihrer Verantwortung nicht dadurch entziehen, daß die deutsche Frage von der Tagesordnung der internationalen Konferenzen abgesetzt wird.

Im Sinne ihrer bekannten und unveränderten, auch in jüngster Zeit wiederholt von Verantwortlichen im Osten und Westen hervorgehobenen Verpflichtungen gegenüber ganz Deutschland sollten die vier Mächte einem durch sie zu bildenden Ausschuß den Auftrag erteilen, den Entwurf eines Vertrages für einen endgültigen Friedensschluß mit Deutschland auszuarbeiten.

Das Berlin-Problem ist untrennbar mit der Wiedervereinigung Deutschlands verbunden. Es ist bekannt, daß die Sozialdemokratische Partei mit dem Standpunkt des Berliner Senats übereinstimmt und folgende Punkte bei der Behandlung dieses Problems für besonders wesentlich hält:

- 1) Die Westmächte dürfen ihre originären Rechte und ihre Vertragsrechte in Berlin nicht aufgeben. Die Rechte beruhen auf der Verantwortung, die die Besatzungsmächte für ganz Deutschland übernommen haben und auf die Verträge, die sie untereinander schlossen. Sie sind nur durch einen Friedensvertrag mit ganz Deutschland ablösbar. Sie binden auch die Sowjetunion an die Vier-Mächte-Verantwortung über Berlin und sichern somit die Unabhängigkeit gegenüber den Machthabern Pankows. Eine etwaige UNO-Garantie und andere Sicherheitsvorschläge könnten nur zusätzliche Bedeutung haben.
- 2) Die freiheitliche Existenz von West-Berlin ist neben dem Schutz durch die Westmächte von der bestehenden Zugehörigkeit zum Rechts-, Finanz- und Wirtschaftssystem der Bundesrepublik abhängig. Eine Auflösung dieses Verhältnisses würde West-Berlin in Kürze von dem Wohlwollen der die Stadt umgebenden Zone abhängig machen.
- 3) Die Aufrechterhaltung der Vier-Mächte-Vereinbarungen und der freie Verkehr zwischen beiden Teilen der Stadt und die Bindung West-Berlins an die Bundesrepublik sind auch die Voraussetzungen, daß Berlin Klammer für die beiden widernatürlich getrennten Teile Deutschlands bleibt. Berlin ist durch die rigorosen Reisebeschränkungen, die das Sowjetzonenregime gegen seine Bevölkerung anwendet, der einzige Punkt, der auch die Chance gibt, Familienbände aufrechtzuerhalten.
- 4) Die bestehenden Regelungen für den Berlin-Verkehr und die Verkehrsverbindungen zwischen den Teilen Deutschlands sollten verbessert werden.
- 5) Zusätzliche Abmachungen über Berlin, die bis zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands gelten sollten, dürfen nicht gegen den unmittelbaren Willen der betroffenen Bevölkerung geschlossen werden. Es handelt sich nicht allein um Leben und Zukunft von einigen Millionen Menschen, sondern von den Entscheidungen über diese Frage gehen weitreichende Wirkungen für Deutschland, und nicht nur für Deutschland allein, aus.

In der Überzeugung, Ihnen, sehr geehrter Herr Bundeskanzler, mit dieser Darstellung zu Ihrer eigenen Überlegung einen Beitrag beige-steuert zu haben, stehe ich Ihnen auch jederzeit zu einer Rücksprache zur Verfügung.

Mit vorzüglicher Hochachtung  
Ihr sehr ergebener

(E. Ollenhauer)